

STADT
teilen 

und gemeinsam
entwickeln

WAHLPROGRAMM FÜR LÜNEBURG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KOMMUNALWAHL 2016



Wenn grün,
dann richtig



wer teilt  gewinnt

Kommunalwahlprogramm für Lüneburg 2016

**Stadt teilen
und gemeinsam entwickeln**

ökologisch, sozial gerecht,
zukunftsweisend, für alle Generationen

Inhalt

Begrüßung	4
1. Zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung!	5
Integriertes Stadtentwicklungskonzept	5
Innenentwicklung statt Flächenfraß	6
Stadt findet Wohnraum	7
Stadtentwicklung ökologisch und gesund für die Menschen	9
Mobilität	13
Klimaschutz und Energiewende	16
Verwaltungen haben Vorbildfunktion	19
2. Bildung	20
Bildung ist die Chance	20
Frühkindliche Bildungschancen verbessern	22
Partizipation von Kindern und Jugendlichen	23
Stärkung einer breiten außerschulischen Bildungslandschaft	23
Eine nachhaltige Hochschule für die Region	24

3. Kultur fördern und stärken	25
4. Wirtschaft und Finanzen	29
Arbeitsplätze und Wirtschaft	29
Niemand ist überflüssig	32
Green New Deal	33
Finanzen auf gesunde Füße stellen	34
5. Soziale Teilhabe – kommunal gestalten	36
Gemeinsam leben	36
Kommune heißt Miteinander und Füreinander	36
Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit	38
Gesundheit und Ernährung	39
Eine ökologische Stadt für alle Generationen	40
Gleichberechtigung aktiv durchsetzen!	42
Lebendige Demokratie beginnt vor Ort	43
Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune	44
Willkommen in Deutschland	45
Eine starke Zivilgesellschaft	46

Liebe Lüneburger*innen,

Stadt teilen und gemeinsam entwickeln bedeutet für uns, alle Bürgerinnen und Bürger, Einwohner und Zuwanderer nach ihren Kräften zu beteiligen und mitzunehmen: Für ein nachhaltig-ökologisches, sozial gerechtes, zukunftsweisendes Lüneburg, in dem alle Generationen gut zusammen leben können und gewinnen.

Umwelt teilen für eine lebenswerte Stadt wollen wir durch einen dauerhaft geschützten Grüngürtel und den Erhalt unserer grünen Oasen.

Verkehr teilen und sinnvoll nutzen heißt für uns, die zukunftsbejahende Mobilität mit Bahn, Bus und Rad zu fördern.

Kultur teilen und für jeden öffnen ist nichts weniger als die Grundlage für eine friedliche Gemeinschaft – auch in Lüneburg.

Handel gerecht teilen – regional und fair – schafft Chancen für uns, für Andere, für Viele.

Sozial gerecht teilen und alle mitnehmen bedeutet für uns, Gleichheit konkret zu machen.

In diesem Sinne!

wer teilt 
gewinnt

1. Zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung!

Integriertes Stadtentwicklungskonzept

Lüneburg bietet große Potenziale, um ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung nachhaltig voranzubringen. Unser Leitbild ist die kompakte, grüne Stadt. Die Steigerung der ökologischen Effizienz steht an erster Stelle. Dieses beinhaltet für uns: Generationengerechter Ausbau und vielfältige Stadtteile, kurze Wege und eine gute Infrastruktur zur Nahversorgung, die Sicherstellung von Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und sozialen Bedürfnissen in einem verkehrsberuhigten, an den ÖPNV angebundenen, durchgrünten Umfeld. Lebensqualität bedeutet für uns in Lüneburg, stadtnah und trotzdem ruhig zu wohnen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß Vieles erledigen zu können, und den alltagspraktischen Charme der Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Kultur zu genießen.

Prinzipiell hat die Sanierung von Gebäuden Vorrang vor Neubau, denn das schont Ressourcen und Energie. Sind Neubauten erforderlich, ist bei den verwendeten Materialien die Stoff- und Energiebilanz zu beachten – insbesondere bei den verwendeten Dämmmaterialien. Für Neubaugebiete sind durch Eigenvermarktung der Flächen durch die Stadt oder in städtebaulichen Verträgen Vorgaben für Energiestandards mit dem Bebauungsplan festzulegen. Wir fordern quartiersbezogene Energiekonzepte, etwa durch den Bau von Blockheizkraftwerken. Hier werden Neubauten nur noch in energieeffizienter Bauweise genehmigt. Die in neuen Gebäuden erforderliche Energie für Wärme und Strom wird nahezu ausschließlich erneuerbar erzeugt.

Wir GRÜNE wollen ein städtebauliches Leitbild gemeinsam mit den Bürger*innen entwickeln, um Lüneburg lebenswerter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Unser Ziel ist ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Innovationen fördert und die zukunftsfähige Entwicklung voranbringt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des neu aufzustellenden Flächennutzungsplans.

Innenentwicklung statt Flächenfraß

Wir GRÜNE wollen ‚Land gewinnen‘. Durch die Ausweisung immer neuer Baugebiete wird die freie Landschaft eingeengt und zu viel unversiegelter Boden geht verloren. Unser Ziel ist die verbesserte Gestaltung und Nutzung der vorhandenen bebauten Flächen. Öffentliche Räume sind so aufzuwerten, dass sich für die Bürger*innen mehr Möglichkeiten eröffnen, diese zu nutzen.

Am unsinnigen Wettbewerb der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete wollen wir nicht teilnehmen. Dazu setzen wir auf Kooperation zwischen den Gemeinden und streben – wo möglich – interkommunale Gewerbegebiete an. Um den innerstädtischen Raum zu entwickeln und Flächen zu sparen, ist die intensive Beteiligung der Bürger*innen nötig.

Baulücken und Industriebrachen müssen systematisch erfasst und ihre Nachnutzung geprüft werden. Da solche Lücken auch ökologische Nischen darstellen, ist eine sorgfältige Vorgehensweise nötig. Wenn Gewerbebetriebe stillgelegt werden, sind deren Grundstücke zu sanieren. Um den innerstädtischen Handel zu unterstützen, erteilen wir Mega-Märkten auf der grünen Wiese eine Absage.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Erstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts
- eine behutsame Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung des typischen Charakters sowie der gewachsenen Siedlungs- und Gestaltungsqualitäten – besonders in historischen Quartieren einer bestimmten Baustilepoche, die für die Bewohner*innen und die Stadt identitätsstiftend sind.
- zukunftsorientierte Siedlungs-Neuentwicklung und attraktive Quartiersbildung durch städtebauliche Wettbewerbe
- den Erhalt der historischen Stadthäuser: Umsetzungsmöglichkeiten prüfen, behutsam sanieren, Kosten und Mietbelastung begrenzen

- eine höhere Qualität in Architektur und Städtebau – sowohl bei Neubau im historischen Bestand wie auch für neue Quartiere
- die Förderung der Baukultur durch die Einrichtung eines Fachbeirates Stadtgestaltung
- die weitere Unterstützung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft LüwoBau bei Modernisierungs- und Neubauprojekten
- die umgehende Neuaufstellung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel, Natur und Lebensqualität in der Stadt zu schützen
- die Sicherung der Naherholungsflächen zwischen Stadt und Umlandgemeinden
- die aktive Beteiligung der Bewohner*innen am Stadtentwicklungsprozess u.a. durch den Aufbau einer Fachstelle für informelle Beteiligungsprozesse
- eine professionelle Fördermittelakquise, um bestehende Fördermittelpotenziale besser auszuschöpfen
- eine Mischbebauung und Mischnutzung im Quartier „Alte Post“, analog der Entwicklung des Lucia-Quartiers
- einen Erhalt der Freiflächen im Stadtteil Ebensberg östlich des Heidkoppelwegs und der Fläche „An den Sandbergen“
- die Umgestaltung des Marienplatzes zu einer öffentlichen Grünfläche. Ziel ist es den Bereich Hinter der Bardowicker Mauer und Reitende Dienerstraße vom Parksuchverkehr zu entlasten und die innerstädtische Aufenthaltsqualität zu verbessern, bei gleichzeitigem Erhalt der gleichen Anzahl an Behindertenparkplätzen

Stadt findet Wohnraum

Um den Landschafts- und Flächenverbrauch an den Rändern der Stadt zu minimieren, hat die Nutzung aller vorhandenen Wohnraumpotenziale im

bestehenden Siedlungsraum oberste Priorität. Dafür ist von Seiten der Verwaltung eine „kommunale Wohnraumbörse“ einzurichten, in der Bürger*innen und Unternehmen potenzielle und vorhandene Wohnflächen (Anbau, Ausbau, Umnutzung, ...) sowie Leerstände oder mögliche Grundstücke hinweisen. Hierbei ist die Mobilisierung privater Eigentümer*innen unverzichtbar, um kleinteilig und dezentral Wohnraum zu schaffen. Durch Umfragen in den Einfamilienhaus-Stadtteilen sowie Umzugshilfen für ältere Menschen – etwa in vor Ort im Quartier neu errichtete, kleine Wohnungen – können Einfamilienhäuser für jüngere Familien frei werden.

Wir planen ein Wohnraum-Bauforum zu initiieren, in dem sich Grundstücks- und Hausbesitzer, Wohnungsgesellschaften und Bauunternehmen, Investoren, Architekten und Stadtplaner zielgerichtet mit der Realisierung von Wohnraum ohne Flächenfraß befassen.

Wir erwarten die Errichtung von bis zu 1.000 Wohneinheiten, bezugsfertig in spätestens vier Jahren, ohne Zugriff auf bisher unbebaute Stadtrandareale. Dies ist erreichbar durch Maßnahmen, wie z. B. Dachraumausbau, Lückenbebauung, Aufstockung, Nachverdichtung, Wohnraum über Einzelhandelsflächen, Wohnbebauung über Tiefgaragen anstelle von Garagenhöfen/Parkpaletten, Änderung alter B-Pläne für mehr Wohnbebauung und vorausschauende Bepanung und Sanierung frei werdender Gewerbeflächen. Dabei werden wir darauf achten, dass per Saldo mindestens 30% der neuen Mietwohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau entstehen.

Konkret erstreben wir für das Quartier zwischen Pulverweg und Heine mannstrasse (Lucia-Gelände und Flächen östlich Roy Robson) die Realisierung von 400 Wohneinheiten u.a. mit ebenerdigen Einzelhandelsflächen über Tiefgaragen. Durch einen städtebaulichen Wettbewerb werden die Rahmenbedingungen für eine langfristige Entwicklung als lebendiges, urbanes Quartier gesetzt und für die Eigentümer Planungssicherheit geschaffen.

Für die zeitnahe Umsetzung dieser Punkte ist umgehend die Bearbeitungskapazität im Baudezernat und allen betroffenen Verwaltungsbereichen aufzustocken. Politik, Verwaltung und Bürger sind gleichermaßen gefor-

dert. Wir wollen eine Diskussions- und Beteiligungskultur zur qualitativen Stadtentwicklung schaffen, die alle mitnimmt.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Sicherung der bezahlbaren Mietsubstanz
- die aktive Beteiligung der Immobilien- und Grundeigentümer beim Wohnraumentwicklungsprozess
- die stärkere Mobilisierung der LüWoBau als Träger einer zukunftsfähigen grünen Stadtentwicklung
- städtischen Flächenerwerb für den sozialen Wohnungsbau
- sozial gemischte Quartiere mit einer fest angewendeten 30% Quote öffentlich geförderten Wohnungsbaus
- die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen nach Umwidmung der Theodor-Körner-Kaserne. Dabei sollen die historischen Gebäude identitätsstiftender Teil des neuen Quartiers werden.
- eine kommunale Wärmeplanung und die Entwicklung von Nahwärmesystemen – besonders für Neubaugebiete
- mehr gemeinschaftliches Wohnen in der Stadt. Wir unterstützen dabei vor allem solche Wohnprojekte, die sich nicht zuerst an Gewinn- und Vermögensinteressen orientieren, sondern primär an selbstbestimmtem Bauen und Wohnen mit sozialen Zielen wie verbindliche Nachbarschaft und nachhaltige Nutzung
- Stellplatzschlüssel: max. 0,8 am Stadtrand und weitgehender Verzicht bei innerstädtischen Flächen im Mietwohnungsbau

Stadtentwicklung ökologisch und gesund für die Menschen

Eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung erfordert einen schonenden Umgang mit Grund und Boden, die Reduzierung von

Abgasen und Lärm, den effizienten Umgang mit Energie und stofflichen Ressourcen, die Verringerung des Wasserverbrauchs und der Abwassermenge, die Verminderung von Abfall, die Verbesserung des Stadtklimas sowie die Verwendung umweltfreundlicher und ressourcenschonender Baustoffe.

Die Landschaftsplanung schafft die Grundlagen für eine ökologisch ausgerichtete Stadtentwicklung. Dies gilt besonders unter den Vorzeichen des bereits wirksamen Klimawandels. Die biologische Vielfalt schwindet gravierend schnell und umfassend. Gewässer und Böden sind wichtige, natürliche Lebensgrundlagen und Elemente biologischer Vielfalt, die als Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen erhalten und nachhaltig genutzt werden müssen. Sie bilden gemeinsam die natürlichen Grundlagen für das Wohlergehen auch der Menschen.

Wir stehen für eine grüne Stadt und die flexible Anwendung des naturschutzrechtlichen Schadensausgleichs. Dazu haben wir bereits ein Kompensationsflächenkataster als Pool für Ausgleichflächen auf den Weg gebracht. Ist ein direkter Ausgleich vor Ort nicht möglich, sind Ausgleichsmaßnahmen zu bündeln oder durch Ökokonten umzusetzen, transparent darzustellen und zu prüfen.

Wir treten ein für eine ökologische Stadtentwicklung. Unser Interesse gilt dabei auch dem Ausbau der sozial-ökologischen und regionalbezogenen Landwirtschaft. Wir unterstützen die Bemühungen für einen gentechnikfreien Landkreis Lüneburg. Unsere Region soll ausschließlich gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel anbieten. Dort, wo die Hansestadt Lüneburg oder ihre Stiftungen eigene Flächen haben, wird auf den Einsatz gentechnisch manipulierten Saat- und Pflanzgutes verzichtet. Bei der Verpachtung dieser Flächen ist dem Ökolandbau Vorzug zu geben. Zudem wollen wir in städtischen Einrichtungen wie Kantinen, Kindergärten, Schulen oder dem Städtischem Klinikum das Angebot ökologisch erzeugter regionaler Produkte erweitern.

Wir setzen uns ein für die Sicherung, Entwicklung und Pflege des europäischen Schutzgebietssystems in Lüneburg (FFH = Flora Fauna Habitat-Ge-

biete) sowie die Erweiterung bestehender und die Ausweisung neuer Natur- und Landschaftsschutzgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume sowie die Beseitigung von Landschaftsschäden. Wir wollen das Pflanzen von Sträuchern, Bäumen und Hecken (besonders um/ auf Stellplatzflächen) in Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und Einzelhandel fördern, um das Mikroklima zu verbessern und die Grünanlagen, Kleingärten und Parks durch Pflanzung standortangepasster, klimatoleranter heimischer Gehölze und Stauden (auch als Bienen- und Hummel-Weiden) aufwerten. Die Vernetzung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen in der Stadt und mit dem Umland ist ein wichtiges Ziel, um die Verbesserung der ökologischen Durchlässigkeit zu fördern, u.a. durch die Aufhebung von Barrieren. Die Natur in der Stadt soll erfahrbar sein, insbesondere für Kinder durch Naturerlebnisräume.

Wir wollen die jährliche Erstellung eines Umweltberichts, damit Maßnahmen und Ergebnisse im Bereich der natürlichen Ressourcen an Hand von aussagekräftigen Indikatoren, wie beispielsweise der Versiegelung, beschrieben werden. So wird für jeden Bürger künftig erkennbar sein, wie es um die Lebensqualität in Lüneburg bestellt ist und ob die gesetzten Umweltziele erreicht worden sind.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans nach ökologischen Kriterien durch Integration des Landschaftsplans
- die Sicherung von Gebieten mit hohem ökologischen, landschaftlichen und stadtklimatischen Wert, weshalb wir uns weiterhin für eine Aktualisierung des Landschaftsplan mit integriertem flächendeckenden Klimagutachten stark machen
- das Grüngürtel-Konzept rings um Lüneburg, um dieses planerisch zu verankern und als Landschaftsschutzgebiet zu sichern
- die Sicherung der Frischluftschneise im Bereich Gut Wienebüttel/ Kreideberg

- eine Kooperation mit Grundeigentümern (insb. den Vermietern von großen Mehrfamilienhäusern) zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität von Grünflächen für Freizeit und Erholung, auch unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien.
- die Förderung und Unterstützung der Kleingartenvereine sowie Gemeinschaftsgärten und -anlagen in Lüneburg als soziale Räume
- Lüneburgs aktivere Mitgliedschaft im „Kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt“ und lokale Naturschutzprojekte, wie ein Gewässerrandstreifenprogramm und ein Entsiegelungsprogramm für die Stadt
- die Weiterentwicklung der Baumschutzsatzung, mit dem Ziel mehr Stadtbäume unter Schutz zu stellen. Der Stammumfang wird in 1 Meter Höhe auf 60 Zentimeter festgelegt
- die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und eine wiederhergestellte Durchgängigkeit der Ilmenau, eine verringerte Belastung der Ilmenau und anderer Oberflächengewässer durch Straßenabwässer, die verringerte Abwasserbelastung durch Medikamentenrückstände, Hormonstoffe und Mikroplastik, eine Verbesserung der Kreislaufwirtschaft innerhalb der kommunalen Strukturen (Abfall und Klärschlamm), den Erhalt bzw. die Einführung kommunaler Versorgungsstrukturen für Wasser und Abwasser
- die Reduzierung der Feinstaubbelastung am verkehrsreichen Stadtring und in der Innenstadt. Dazu soll ein Messprogramm als Grundlage für Lärm- und Schadstoffminderungspläne eingeführt werden.
- die Einführung eines ökologisch nachhaltigen Winterdienstes: Für untergeordnete Straßen – und bei sehr starkem Schneefall auch für weitere Straßen – wollen wir die Nutzung umweltschädlicher Salze (die auch für spätere Straßenschäden verantwortlich sind) durch das Walzen der Straßen sowie den Einsatz von Split ersetzen. Skandinavische Länder zeigen, dass auf einer festen Schneedecke bei angepasster Fahrweise relativ gefahrlose Mobilität möglich ist.

Mobilität

Grüne Verkehrspolitik ist Teil der Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen eine Stadt für Fußgänger, Fahrradfahrer, Berufspendler, für Menschen, die ihre Kinder sicher in die Kita oder Schule bringen, die Spaß am Bummeln und Genießen in der Stadt wünschen. Der motorisierte Individualverkehr muss in seinen Rechten und Möglichkeiten eingeschränkt werden – das Auto als Fortbewegungs- und Transportmittel sollte primär dort zum Einsatz kommen, wo es zurzeit noch alternativlos und sinnvoll begründbar ist. Die Stadt soll zum Wohnen wie zum Arbeiten geeignet bleiben. Die Trennung von Arbeiten und Wohnen soll daher wo möglich aufgehoben werden. Die Dienstleistungsgesellschaft bietet neue Möglichkeiten des Zusammenlebens.

Unter den bereits sehr guten Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland geht es um eine Optimierung bestehender Verkehrswege und eines intelligenten Umgangs mit Mobilität – als Alternative zum Festhalten an der heutigen umweltbelastenden und kostentreibenden Straßenbaupolitik. Dabei muss die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schnellstmöglich verringert werden. Der Bau immer neuer oder größerer Straßen ist rückwärtsgewandt und wird daher von uns abgelehnt. Der Verteilungskampf um den knappen Straßenraum muss zugunsten des Umweltverbundes (d.h. Bus, Bahn, Fahrrad) entschieden werden. Durch Bürgerbeteiligung wollen wir den Prozess zu einer menschengerechten Stadt begleiten und fördern.

Um die Stadt bewohnbar und erlebbar zu gestalten, ist sie, wo immer es gesetzlich möglich ist, flächendeckend als Tempo 30-Zone auszuweisen und der Verkehrsraum an den Bedarf anzupassen (z.B. durch den Rückbau breiter Fahrspuren). Wir wollen Möglichkeiten zum Verweilen schaffen, zum sozialen Miteinander, zum Spielen. Durch die Einrichtung gemeinsamer Verkehrszonen (Shared Spaces) soll die Verantwortung für die Teilnahme am Verkehr wieder an die Akteure zurückgegeben werden. Der regelmäßig zu überprüfende Verkehrsentwicklungsplan muss diesen Ansprüchen angepasst werden.

Fahrräder gehören auf die Straße, aus Gründen der Sicherheit und um die Gleichwertigkeit des Fahrradverkehrs zu betonen. Der Fahrradverkehr soll daher nur noch in besonders gefährdeten Bereichen auf Hochborden geführt werden. Die vollständige bauliche Umsetzung des Radroutenplans, die zügige Sanierung der verbleibenden Radwege und die Vorrangschaltung an Ampeln für Radfahrer und Busse sind dabei wichtige Meilensteine. Die Durchfahrbarkeit der Innenstadt für die Radfahrer im Miteinander mit den Fußgängern muss erhalten bleiben und an einigen Stellen nachgebessert werden (wie es in der Lüner Straße bereits streckenweise geschehen ist). Dies gilt auch für die Fahrbahnoberflächen in der Innenstadt, die so hergerichtet werden müssen, dass Fahrradfahrer und Fußgänger, ältere Mitbürger mit Rollatoren und Menschen mit Rollstühlen sich gefahrlos bewegen können, wobei der historische Charakter der Straßen zu erhalten ist. Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt sind immer noch zu knapp. Hier sind mehr Anschließebugel, überdachte Abstellmöglichkeiten, Fahrradboxen (auch für Fahrradtouristen mit Gepäck) nötig. Hindernisse in und an den Fahrradwegen, wie Umlaufsperrern, Laterneinmasten und Verkehrsschilder sind umzusetzen oder wo möglich zu entfernen, so dass der Radverkehr nicht behindert wird.

Die Fahrradrouten müssen mit dem Umland verknüpft werden, damit die „Speckgürtelbewohner“ ebenso einfach und sicher mit dem Rad in die Stadt kommen können, wie die Fahrradtouristen (z. B. vom beliebten Elbradweg). Mittels einer Neuauflage der Fahrradkarte für Stadt und Umland und durch regelmäßige Imagekampagnen wollen wir den Umstieg auf das Rad anregen und die Nutzung des Rades erhöhen.

Lüneburg ist eine Pendlerstadt. Dies ist durch die Einbindung in den HVV gewünscht und gefördert worden. Damit mehr Berufspendler auf den schienengebundenen Nahverkehr umsteigen, ist zum einen die Radinfrastruktur auf das Ziel Bahnhof deutlich auszurichten. Dies ist durch die Schaffung gradliniger Wegebeziehungen, dem Stoßverkehr angepasster Ampelschaltungen aber auch durch das Angebot genügender Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof zu ermöglichen. Dazu gehört auch der Bau eines dritten Fahrradparkhauses. Alle Fahrradparkhäuser müssen ohne Einschränkung des Serviceangebotes kostenlos benutzbar sein.

Zum anderen ist der ÖPNV so zu verbessern, dass die schnellen Metronome (RE) halbstündlich nach Hamburg Hbf geführt werden. Um das Umsteigen zu erleichtern, soll der Ostbahnhof so umgestaltet werden, dass alle Züge dort starten und ankommen. Auch sollten Pläne geprüft werden, die noch vorhandenen Privatbahnstrecken wieder für den Nahverkehr zu aktivieren, wie es z.B. der Vorschlag des Leuphana-Express vorsieht.

Für die wachsende Zahl der Menschen, die auf den Busverkehr angewiesen sind, ist die lange geplante Angebotsverbesserung endlich umzusetzen. Dazu gehören die dichtere Vertaktung der hochfrequentierten Linien und die Verbesserung des Angebotes in den Abendstunden und an den Wochenenden. Für die Berufspendler sollten in den Stoßzeiten Expresslinien zum Bahnhof angeboten werden. Der HVV-Standard für Haltestellen, Busflotte und Qualität des Personals muss angewandt werden. Für alle Schüler*innen ist die Nutzung der Stadtbusse kostenlos zu gestalten. Dies ist auch ein Beitrag zur Förderung bedarfsgerechter und diskriminierungsfreier Bildung.

Bus, Bahn, Fahrrad – also der Umweltverbund – bilden eine Einheit mit Car-Sharing und Leihradsystemen. Dies gilt es auszubauen und zu fördern, z.B. auch durch die Einrichtung von Mobilitätspunkten. Das sind deutlich erkennbare Umstiegsmöglichkeiten von einem Verkehrsmittel dieser Einheit zu einem anderen.

Lärm, Feinstaub und Erschütterung sind untrennbar mit dem heutigen Verkehr verbunden. Sie gilt es entschlossen zu minimieren. So sollte im Interesse der Gesundheit der Bewohner der Schwerlastverkehr – ob Straße oder Schiene – soweit als möglich aus der Stadt herausgehalten werden. Daher lehnen wir Planungen, die eine Autobahn durch die Stadt (A 39) vorsehen, weiterhin ab.

Die GRÜNEN verfolgen das Ziel vernetzter, intelligenter Mobilitätsformen. So sollen gemeinschaftlich genutzte Autos durch die Bereitstellung öffentlicher Stellplätze gefördert werden. E-Mobilität sehen wir besonders im Fahrradbereich als sinnvolle und bereits viel genutzte Ergänzung. Das Fahren mit Pedelecs sollte daher infrastrukturell mitgeplant werden

(Ladestationen, sichere Abstellmöglichkeiten, Anpassung der Ampelzeiten, etc). Gerade bei den Stadtbussen kann der elektrische Antrieb in Sachen Lärm und Emission ganz neue Standards setzen. Hier wünschen wir uns mehr Förderung, genauso wie bei Elektroantrieben für Handwerker-, Lieferfahrzeuge und Taxen, die die Innenstadt beruflich nutzen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Förderung des Umweltverbundes (Fußgänger*innen, Fahrrad, Carsharing, Bus und Bahn)
- die Ausweisung von Tempo 30-Zonen, wo immer möglich
- die allgemeine Verbesserung des Radverkehrs, damit Lüneburg zum Vorbild wird. Zentral sind dabei die vollständige Umsetzung des Radroutenplans, der Verzicht auf hochbordige Radwege zur Erhöhung der Verkehrssicherheit
- die Verbesserung der Parksituation für Fahrräder, insbesondere in der Innenstadt und am Bahnhof durch ein drittes Fahrradparkhaus
- eine Verbesserung der Vertaktung der hochfrequentierten Linien und eine Verlängerung der Vertaktung Bahn / Bus in die Abendstunden hinein

Klimaschutz und Energiewende

Wir sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und generationengerechte Energie- und Umweltpolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die auch in den Kommunen umzusetzen ist. Ziel der GRÜNEN ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% im Vergleich zu 1990 zu senken und die Anstrengungen zur Deckung des verbleibenden Energiebedarfs aus 100% Erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen.

Wir wollen den Umwelt- und Klimaschutz in Lüneburg als Querschnittsaufgabe verankern. Die Stadt nimmt nicht nur eine wichtige Vorbildfunktion wahr, sondern setzt auch relevante Rahmenbedingungen und muss deshalb entsprechende Konsequenzen ziehen.

Wir GRÜNEN haben das Ziel einer dezentralen Energieversorgung. Dabei spielt die Kommune eine wichtige Rolle. Hier bietet sich die Chance, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben – vor allem aber, Einfluss zugunsten einer klimaschonenden Energieerzeugung zu nehmen.

Die Nutzung von Atom- und Kohlestrom in öffentlichen Einrichtungen (Verwaltungen, Schulen, Stadtteilhäuser, Schwimmbäder, etc.) ist durch den Wechsel zu einem ökologischen Stromanbieter zu beenden, durch den der Ausbau sauberer Erzeugungskapazitäten erhöht wird.

Regionale Energiegewinnung bietet große Chancen, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben. Hier bietet die Zusammenarbeit mit dem Landkreis die Chance, unsere Potenziale zur Gewinnung regenerativer Energien optimal zu nutzen: Wir wollen die Energiegewinnung aus Windkraft, Solartechnologie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme ökologisch und menschlich verträglich vorantreiben.

Wir streben an, die Bürger*innen sowie die Betriebe in der Region an der Wertschöpfung regenerativer Energien zu beteiligen. Wir unterstützen Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen (auch auf den Dächern der Innenstadt) und Eigentümer*innen mit Förderprogrammen bei der energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser. Außerdem fördern wir alle Maßnahmen, die dem Aufbau einer dezentralen Energieversorgung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Wärmenetze) dienen.

Wir planen eine Klimaschutz- und Energieagentur einzurichten, die Konzepte zur Energieerzeugung und -einsparung entwickelt. Die Agentur soll von der Stadt gemeinsam mit anderen Akteur*innen, wie den Solarinitiativen, der Wohnungsbaugesellschaft LüWoBau, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und freien Energieberater*innen betrieben werden. Eine Kooperation mit der Klimaschutzleitstelle und der Klimawerk Energieagentur oder sogar deren Integration soll geprüft werden. Sie bietet den Bürger*innen kompetente Beratung bei der Verbesserung der Energieeffizienz. Darüber hinaus soll sie in Kooperation mit regionalen Energieerzeugern und den Netzbetreibern ein Energiekonzept für die 100% Erneuerbare Energien-Region erarbeiten und begleiten. Das Kon-

zept soll bis 2019 verabschiedet werden. Ein Kernelement im Rahmen der Konzepterstellung ist der Aufbau eines Regionalwerkes zur Verteilung und zum Einsatz von mehr regenerativer Energien mit den Partnern Landkreis und Gemeinden.

Gemeinsam mit den Schornsteinfegern als öffentlich Beauftragte für den Immissionsschutz und deren Heizungs-Kataster wollen wir uns einen Überblick verschaffen über den Status-Quo der installierten Heizungen in Lüneburg und die Potentiale von Heizungssanierungen. Gemeinsam mit dem lokalen Handwerk können wir die Hauseigentümer über wirtschaftliche Klimaschutz-Maßnahmen sowie über ihre Pflichten nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) aufklären.

Klimaschutz ist Teil des Umweltschutzes und als Querschnittsaufgabe der Stadt zu verankern. Unser Ziel ist daher, bei allen Planungen (z.B. bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen) und im gesamten Beschaffungswesen Ökobilanzen zu erstellen – etwa für das neue Dach der Bibliothek, die Heizungsanlage einer Grundschule oder das einzusetzende Dämmmaterial für das historische Rathaus. Die öffentliche Hand profitiert durch sinkende Betriebskosten im Gebäudebestand. Ebenso die mit der Umsetzung dieser Maßnahmen beauftragten Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Einrichtung einer regionalen Energieagentur, die mit der Aufstellung eines regionalen Energiekonzeptes beauftragt wird
- Aufbau eines Regionalwerkes zur vollständigen Versorgung der Region mit 100% erneuerbaren Energien
- eine fortgesetzte Förderung modernster Klimaschutz- und Energiesparkonzepte
- Ökostrom in allen öffentlichen Einrichtungen
- mehr regionale Energiegewinnung

- die Beteiligung der Bürger*innen an Wertschöpfung aus regionaler Energiegewinnung
- Klimaschutz als Querschnittsaufgabe: Ökobilanzen
- eine zeitnahe kommunale Wärmeplanung mit dem Ziel, den Energieverbrauch für Gebäudeenergie vor allem im Bestand zu reduzieren und vermehrt erneuerbare Energie zu produzieren. Dabei sind in den Quartieren Potenziale für Abwärmenutzung, Wärmenetze und effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (insbesondere mit Erneuerbaren Energien) zu ermitteln
- ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Denkmalschutz und Maßnahmen zum Klimaschutz (Energiesparen und Erneuerbare Energien)

Verwaltungen haben Vorbildfunktion

Öffentlichen Gebäudebestand energetisch zu sanieren und Erneuerbare Energien sichtbar und optimal zu nutzen muss für die Stadt Pflichtaufgabe sein. Bei allen politischen Beschlüssen und jedem Verwaltungshandeln sind die ökologischen und sozialen Folgen zu berücksichtigen und nicht nur ihre unmittelbaren finanziellen Auswirkungen zu prüfen. Das gilt für Bauplanungen genauso wie im kommunalen Beschaffungswesen. Diesbezüglich ist die Schulung der Mitarbeiter*innen in punkto Energieeffizienz zielführend.

Wenn Energieeffizienz-Maßnahmen in städtischen Liegenschaften eines hohen Kapitaleinsatzes bedürfen, ist die Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegenossenschaften zu prüfen: Durch das Bürger-Contracting können sich die Menschen vor Ort an der Energiewende und am Klimaschutz finanziell beteiligen.

Wir wollen, dass die Stadt Initiativen und Firmen unterstützt, die den Prämissen nachhaltigen Wirtschaftens folgen. Für Produkte, die unter unwürdigen oder menschenverachtenden Bedingungen hergestellt wurden, sind

von der Stadt Alternativen zu suchen. Nachdem wir gemeinsam mit einer Vielzahl an Akteuren zu einer „Fair-Trade-Town“-Werdung Lüneburgs beigetragen haben, wollen wir einen Schritt weiter gehen und das Beschaffungswesen der Stadt noch nachhaltiger gestalten. Hierzu streben wir eine Teilnahme bei Procura+ von ICLEI (Local Governments for Sustainability, Europasekretariat) an.

Viele der Ideen, die im Rahmen der Beteiligungsprojekte DIALOG N und Zukunftsstadt 2030+ entstanden sind, warten auf Realisierung. Hierzu wollen wir die geschaffene Stabstelle des Nachhaltigkeitsbeauftragten personell stärken und auch inhaltlich noch breiter aufstellen, damit diese noch mehr positiv in die Verwaltung und Zivilgesellschaft wirken kann.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die sichtbare Nutzung erneuerbarer Energien
- die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands
- Ausbau der Stabstelle Nachhaltigkeitsbeauftragter und Verstärkung der Beteiligungsorientierung

2. Bildung

Bildung ist die Chance

Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe und der Entwicklung der Gesellschaft und zur persönlichen Zufriedenheit. Der qualitative Ausbau des Angebotes an Bildung, von der Krippe bis zur Hochschule, liegt daher den GRÜNEN besonders am Herzen. Die wachsende Stadt stellt gerade an Lüneburg große inhaltliche und finanzielle Anforderungen, bietet aber auch eine große Chance, die Stadt weiterzuentwickeln und lebenswerter zu machen.

Durch das Bildungsprogramm des Rates wurden die Voraussetzungen geschaffen, unsere Kitas und Schulen an die Bedarfe moderner Bildungs-

ansprüche anzupassen. Durch ein umfassendes Kita- und Schulausbauprogramm, das finanziell über mehrere Jahre abgesichert ist, werden die räumlichen und pädagogischen Grundlagen für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen geschaffen.

Wir GRÜNEN wollen den bedarfsgerechten Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen mit Mensen, Nachmittagswahlangeboten, Aufenthaltsräumen, entsprechenden Außenanlagen und Schularbeitshilfen, sowie die Integration von Hortangeboten. Horte werden in Zukunft immer mehr als Teil der Ganztagsbetreuung in Schulen verstanden und müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Wir wollen dabei die Möglichkeiten für eine umfassende Inklusion aller Kinder legen und – wo bereits geschehen – weiter voranbringen. Inklusion wollen wir vor Ort umsetzen und lernschwache sowie beeinträchtigte Schüler*innen dann in Regelschulen integrieren, wenn es pädagogisch angezeigt und von den Eltern gewollt ist sowie die notwendigen personellen und baulichen Ausstattungen gegeben sind.

Wir wollen die Kitas und Schulen auf einen ökologisch anspruchsvollen Baustandard bringen, zum Nutzen der Umwelt und als Lernort im direkten Sinne für die Kinder und Schüler. Ökologisches Verhalten in der Schule soll als ganzheitlicher Lernprozess für die Schulgemeinschaft weiterentwickelt werden.

Das möglichst lange gemeinsame Lernen der Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule sehen wir als den richtigen Weg, um individuelle Bildungschancen mit dem Anspruch an eine gerechte und solidarische Gesellschaft zu verbinden. Deshalb begrüßen wir die Entwicklung zu immer mehr Krippeneinrichtungen ebenso, wie die zur Einrichtung weiterer Gesamtschulen. Jedem Kind soll ein Krippenplatz ermöglicht werden und jedes Kind soll eine Gesamtschule in räumlicher Nähe zum Wohnstadtteil besuchen können. Wir setzen uns daher zunächst für eine zweite Gesamtschule in der Stadt Lüneburg ein. Dazu kann z.B. die Oberschule Stadtmitte, räumlich erweitert um das Gebäude der Johannes-Rabeler-Schule, genutzt werden.

Wir legen aber auch Wert darauf, dass Lüneburg ein durchlässiges und vielseitiges Schulangebot unter Einbeziehung von Schulen mit speziellem Charakter (Modellschulen, Waldorf, Freie Schulen) behält. Wir GRÜNEN wollen Wettbewerb als eine Chance zur Verbesserung des Angebotes und der Schulprofilbildung nutzen.

Es soll eine freie Wahl der Schulform und freier Transport der Schüler*innen bis zum Abschluss der jeweiligen Schulform zur Schule geben. Um Mobilität ohne Abhängigkeit von Transportmöglichkeiten und -willen der Eltern zu gewährleisten, sollen Schüler*innenzeitkarten unabhängig von Schulbesuch und Schulentfernung gelten.

Solidarisches Lernen ist ein Prozess des Gebens und Nehmens. Wir wünschen uns dafür starke Schüler-, Lehrer- und Elternvertretungen. Zur individuellen Konfliktbewältigung z.B. bei Mobbing, sollte durch den Schulträger ein Ombudsman eingesetzt werden, der neutral zwischen den betroffenen Eltern und Lehrern und Schülern schlichten kann.

Frühkindliche Bildungschancen verbessern

In Einrichtungen für Kinder müssen hohe Qualitätsstandards gelten, sowohl bei der Betreuung durch entsprechend qualifiziertes und ausreichendes Personal, als auch beim Raum und beim Essen für die Kleinsten. Unser Ziel ist es, den Personalschlüssel in den Krippen in einem ersten Schritt auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 5 Kinder zu verbessern. Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen für 3- bis 6-Jährige soll auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 10 Kinder verbessert werden. Keineswegs dürfen durch finanziell enge Spielräume der Stadtkasse die vorhandenen Standards für Personalbedarf und -qualität sowie Gruppengröße verändert werden. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil des männlichen Betreuungspersonals zu erhöhen. Alle Eltern sollen einen Krippen- und Kitaplatz nach ihren Zeitbedarfen wohnortnah und vielfältig im Angebot bekommen können. Freie Träger sollen dabei besonders berücksichtigt und gefördert werden.

Wir sehen Kitas als Teil eines umfassenden Bildungsangebotes, welches das wichtigste Kapital unserer Gesellschaft bildet. Deshalb muss der Zugang zur Bildung auf allen Ebenen kostenfrei sein. Wir setzen uns daher für die Abschaffung der Gebühren in Krippen und Kindertagesstätten ein. In der zurückliegenden Ratsperiode ist es uns gelungen, die Elternbeiträge konstant zu halten, was real eine Absenkung bedeutet. Dies werden wir auch weiterhin verfolgen und die Möglichkeiten einer weiteren Reduzierung des Elternbeitrages immer wieder anmahnen. Eine völlige Kostenfreiheit für Krippe und Kita ist zurzeit allerdings nur denkbar, wenn sich das Land angemessen daran beteiligt.

Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen ist eine wichtige Aufgabe der Kitas. Dafür muss das Angebot angepasst werden und die Mitarbeiter weitergebildet werden. Familien mit Migrationshintergrund müssen ermutigt werden, die Angebote wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten mit Öffnungszeiten, die Berufstätigen entgegenkommen, möglichst gebührenfrei oder großzügig sozial gestaffelte Gebühren
- Gruppengröße in Kitas und Krippen verringern, qualifizierte Betreuungskraft muss die Regel werden
- Qualifizierungen von Erzieher*innen in der Sprachförderung und in interkultureller Kompetenz

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen über den schulischen Rahmen hinaus an politischen Entscheidungen beteiligt werden, damit sie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben praktisch erlernen können: Zunächst im Stadtteil, später auf lokaler Ebene. Das Jugendforum soll zu einem Jugendparlament erweitert, finanziell abgesichert und professionell begleitet werden.

Stärkung einer breiten außerschulischen Bildungslandschaft

Mit der Volkshochschule hat die Stadt eine hervorragende Möglichkeit, die Bildungs- und Kulturinteressen ihrer Bevölkerung zu fördern. Sie ist auch der Ort der Erstintegration von Geflüchteten durch Sprach- und Kulturangebote. Sie soll weiterhin im notwendigen Maße Angebote für bildungsferne Menschen, z.B. durch Schulabschlussangebote ermöglichen, um ihre Integration in die Gesellschaft und ihre persönliche Zufriedenheit zu fördern.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die VHS

- durch eine ausreichende und verlässliche öffentliche Förderung eine gesunde finanzielle Basis erhält und so den Zugang zu ihren Bildungsangeboten auch für einkommensschwache Bürger*innen und Familien durch geringe Teilnahmegebühren ermöglicht,
- ihr qualifiziertes Angebot durch motivierte und erfahrene Fachkräfte sicherstellt,
- sich räumlich dauerhaft aufstellen kann.

Einnahmen aus Teilnehmendenbeiträgen und von privaten und öffentlichen Nachfragern dürfen nicht über das „Wohl und Wehe“ der VHS entscheiden. Das für das Gemeinwohl unabdingbar wichtige Angebot der sozialen und politischen Bildung muss unabhängig von der Gesamteinnahmesituation gewährleistet sein. Nur so trägt die VHS zur Bildung einer mündigen und mutigen Bürger*innengesellschaft im Wettbewerb mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung bei. Wir unterstützen jede Form von Bildungsangebot, das diesem Zweck dient und setzen uns u.a. dafür ein, dass im Radio und/oder TV und im Internet Bildungsprogramme angeboten werden, die für alle kostenlos zugänglich sind und deutsche Sprache und Kultur vermitteln. Daher unterstützen wir auch die Freifunk Initiative in Lüneburg.

Eine nachhaltige Hochschule für die Region

Lüneburg ist Hochschulstadt. Die Studierenden und Lehrenden müssen als Teil der Stadtgesellschaft wahrgenommen und ihre Bedürfnisse nach Mitgestaltung ernst genommen werden. Die Nutzung der in der Hochschule vorhandenen Ressourcen, ob im Kultur- oder Umweltbereich stellt eine Bereicherung der politischen Entscheidungsfindung da. Der Lernende und Lehrende muss als Teil der Stadtbürger wahrgenommen und seine Bedürfnisse nach Mitgestaltung ernst genommen werden. Dazu trägt auch der auf Anregung der GRÜNEN eingerichtete Universitätsbeirat bei, als Gremium von Stadtrat und Universität.

Lüneburg braucht die Studierenden und Lehrenden mit ihren maßgeblichen Beiträgen im sozialen, kulturellen und politischen Bereich. Zudem tragen sie nicht unerheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bei. So ist die Universität einer der größten Arbeitgeber der Region und Ideenmotor. Die Fördermittel der Europäischen Union im Rahmen des nun ausgelaufenen Innovationsinkubators ermöglichten viele Projekte, die eine nachhaltige Entwicklung der Region angestoßen haben.

Die Studierendenzahlen müssen mittelfristig wieder ansteigen, damit die Universität auf Dauer Bestand hat. Dies darf aber nicht zu Lasten der Qualität der Lehre und Forschung gehen. Wir setzen uns auf Landesebene für den langfristigen Erhalt einer wachsenden Leuphana ein.

Der Bau des neuen Zentralgebäudes war ein lange umstrittenes Projekt, das sich nun seiner Vollendung nähert. Wir wollen durch die Bereitstellung von Mitteln aus dem Etat der Stadt erreichen, dass die Verbindung Stadt-Universität durch die Nutzung des Libeskind-Baus für städtische Zwecke gestärkt wird.

3. Kultur fördern und stärken

Die Kommunen sind die unmittelbaren Lebensbereiche der Menschen: Hier erleben sie Nachbarschaften, soziale Beziehungen und hier organisieren sie ihre Freizeit. Hier entsteht die Lebensqualität und Identität durch breit gefächerte kulturelle Angebote für alle Einwohner*innen. Lüneburg ist nicht zuletzt aus diesem Grund eine Stadt mit einer derart hohen Anziehungskraft. Daher wollen wir sowohl die bestehenden kulturellen Einrichtungen und Institutionen erhalten und stärken als auch neu entstehende Projekte und Initiativen unterstützen und alle mit den nötigen finanziellen Mitteln fördern.

Es wurden in den letzten Jahren mit grüner Unterstützung große Erfolge zur Verbesserung der Qualität der kulturellen Angebote in unserer schönen Hansestadt erreicht. Dabei haben wir GRÜNEN Anregungen gegeben, Initiativen entwickelt und vieles gemeinsam durch- und umsetzen können:

- Die Musikschule hat einen komfortablen Neubau erhalten.
- Das Wandrahm-Museum wurde erweitert, neu gebaut und mit den Sammlungen des Naturmuseums vereint.
- Es wurde eine Museumsstiftung ins Leben gerufen, die die Lüneburger Museen gemeinsam verwaltet.
- Die Kulturbäckerei wurde mit Mitteln der Sparkassenstiftung als kultureller Treffpunkt und Veranstaltungsort geschaffen.
- Es wurde bei der Sparkassenstiftung Lüneburg eine Stelle für Künstlerberatung in der Kulturbäckerei und eine Internetplattform zur Vernetzung der kulturell Aktiven eingerichtet.
- Das Theater und die Jugendbücherei wurden umfangreich renoviert.
- Am Psychiatrischen Klinik Lüneburg (PKL) wurde die Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer der Nazi-Herrschaft angemessen erweitert.

- Die Landrat-Albrecht-Straße wurde umbenannt sowie Informationstafeln an der Hindenburg- und der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße angebracht.
- Ein Eisenbahnwaggon als Mahnmal für die am Bahnhof ermordeten KZ-Häftlinge wurde im Wandrahmpark am Museum Lüneburg errichtet.

Es gibt sicherlich noch weitere Angebote, Projekte und Initiativen der Lüneburger Kulturlandschaft, die hier unerwähnt geblieben sind. Alle zusammen bilden für uns das Fundament und den Ansporn, die Kultur-Aktiven in unserer Hansestadt in entsprechendem Umfang weiter zu fördern.

Folgende Projekte, Aufgaben und Vorhaben möchten wir GRÜNEN zukünftig umsetzen:

- die Renovierung und die Erweiterung des Salzmuseums
- den Ausbau des Krügerbaus am Museum Lüneburg – auch für die Einrichtung der Ausstellung über die Nazi-Vergangenheit in Lüneburg
- eine bessere Vernetzung der Museen mit den Stadtführungen. Hierzu dient unter anderem die Schaffung einer „Museumsmeile“ vom Museum Lüneburg über das Ostpreußische Landesmuseum bis zum Salzmuseum unter Einbeziehung des historischen Rathauses.
- die Einrichtung einer Stelle bei der Museumsstiftung für eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- die Erweiterung des Kulturangebots in den Stadtteilhäusern
- mehr Räume für künstlerische Aktivitäten z.B. für Musikgruppen
- die weitere Förderung kultureller Einrichtungen, wie z. B. des Kulturforums, des Fortbildungszentrums für Neue Musik, der Halle für Kunst sowie die verstärkte Förderung kleiner unabhängiger Künstlerinitiativen

- eine intensive Vernetzung der kulturellen Angebote in der Stadt und der Leuphana Universität
- Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum, wie etwa ein Skulpturenpark im Kurpark und Förderung von Straßenfesten
- die künstlerisch anspruchsvolle Umgestaltung des Synagogenmahnmals
- eine gesicherte Finanzierung des Theaters durch das Land Niedersachsen
- die Reaktivierung und Pflege der Beziehungen zu den Partnerstädten
- die Schaffung eines gemeinsamen Kunstwerks auf dem zentralen Platz im Hanseviertel durch einen estnischen und einen deutschen Künstler
- kulturelle Angebote für Geflüchtete und Einheimische zur Förderung der Integration
- die Aufstellung von deutlich mehr Spielgeräten für Kinder in der Innenstadt
- Honorare für bildende Künstler bei Ausstellungen in kommunalen Räumen

Es gibt noch viel zu tun im Bereich der Kultur in Lüneburg. Aber wir wissen auch, dass viele Vorhaben nicht ohne erhebliche Geldmittel umzusetzen sind. Deshalb werden wir möglichst umfangreich Zuschüsse und Fördermittel einwerben. Wir wollen die städtischen Einrichtungen stabilisieren, aber auch die vielen unabhängigen künstlerischen Initiativen und Projekte fördern, um somit die kulturelle Vielfalt unserer Stadt zu bereichern.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- ein breites Kulturangebot für Lebensqualität und Lebensfreude
- die Förderung sowohl von Institutionen als auch unabhängigen Initiativen
- die stärkere Vernetzung der kulturellen Angebote
- mehr Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum
- Identitätsstiftung durch transkulturelle Angebote

4. Wirtschaft und Finanzen

Arbeitsplätze und Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf den Dreiklang von Innovation, Ökologie und Marktwirtschaft. Zukunftstechnologien müssen ressourcen- und energiesparend sowie umweltschonend sein. Nur so ist in der Zukunft Wohlstand und Wachstum für alle möglich.

Wir arbeiten für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Lüneburg, der unter einem zunehmendem Konkurrenzdruck steht, da eine wachsende Zahl von Unternehmen ihre Unternehmenspolitik mit internationaler Perspektive betreibt. Neben der Pflege ortsansässiger Betriebe und Einrichtungen steht weiterhin die Ansiedlung innovativer, zukunftsfähiger Unternehmen sowie die Unterstützung von Existenzgründern im Fokus grüner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Zielführend hierfür ist die Förderung von Aktionsprogrammen für Existenzgründungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Gerade Existenzgründer*innen treiben mit neuen Ideen den wirtschaftlichen und ökologischen Strukturwandel voran. Bei der Arbeitsmarktpolitik muss sich die Stadt Lüneburg zudem für bessere Bedingungen auf dem regionalen Ausbildungsmarkt einsetzen.

Um die Wirtschaftsstruktur in Lüneburg zukunftsfähig zu gestalten, wollen wir unsere wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf eine deutliche Verbreiterung der Branchenmischung lenken. Zukunftspotenziale sehen wir bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die in diversen Dienstleistungsbereichen, in kreativen und wissensbasierten Tätigkeitsfeldern sowie vor allem den „grünen“ Technologien arbeiten. Für eine diversifizierte, stabile Wirtschaftsstruktur muss bei der Ansiedlung von Unternehmen, bei Fördermaßnahmen (z. B. KMU- oder Gründungsförderung) und bei der Vermarktung städtischer Gewerbeflächen umgesteuert werden.

Die Universität Leuphana und die angegliederten Forschungseinrichtungen bieten mit ihrem Pool aus hochqualifizierten Mitarbeiter*innen einen breiten Wissens-Transfer für die Stadt. Hier werden die Chancen bisher nur ungenügend ausgeschöpft. Wir werden uns dafür engagieren, dass aus diesem Potenzial neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen. Für nachhaltige Projekte der Stadtentwicklung wollen wir zudem vom vorhandenen Know-how profitieren – etwa aus dem Projekt Lüneburg 2030+ – und die Stadt zum Referenzzentrum für die Anwendung von Forschungsergebnissen der Leuphana machen.

Unser Ziel ist, Lüneburg zu einem wichtigen Standort grüner Ökonomie zu machen. Erfahrungen zeigen, dass so große Arbeitplatzeffekte zu erzielen sind. Für die Green Economy können ökologische Technologieparks eingerichtet werden oder die besonders nachhaltigen Unternehmen erhalten einen Rabatt bei Preisen für Gewerbeflächen. Auch bei der Akquise und Weitergabe öffentlicher Fördermittel ist besonders auf Nachhaltigkeit zu achten. Ganz oben auf unserer Prioritätenliste steht die Förderung zukunftssträchtiger Technologien zur Energiegewinnung und Energieeinsparung.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch dem lokalen, inhabergeführten Einzelhandel und zukunftsorientierten Dienstleistungssektoren (z. B. im Sozialbereich bei Pflege oder Kinderbetreuung). Auch die Kreativwirtschaft sowie insbesondere Unternehmen mit alternativen Beteiligungsmodellen (wie z. B. Genossenschaften) brauchen eine stärkere Vernetzung zur regionalen Wirtschaft wie auch zur Universität.

Die Fläche des jetzigen Flugplatzes soll nach dem vom Rat beschlossenen Auslaufen des Pachtvertrages in fünf Jahren für Gewerbeansiedlungen zur Verfügung gestellt werden, um die Stadt weiter wirtschaftlich entwickeln zu können. Diese Fläche befindet sich in städtischem Eigentum und bereits von Gewerbe umschlossen.

Die Innenstadt als Ort der Kommunikation, der Gastronomie und des Einkaufsvergnügens muss im Wettbewerb mit Einkaufszentren auf der ‚Grünen Wiese‘ gestärkt werden. Dazu ist die Erreichbarkeit der Innenstadt mit Rad und Bus und die Erlebnisqualität des öffentlichen Raumes durch Parks, Brunnen und Sitzgelegenheiten zu verbessern. Nahversorgung muss für die Bürger*innen komfortabel und ökologisch auf kurzem Wege möglich sein – ohne Auto.

In Niedersachsen wird die rechtliche Möglichkeit von Business Improvement Districts (BID) vorbereitet. Zu einem BID können sich Eigentümer von Handellagen (Bäckerstraße oder Grapengießerstraße etc.) zusammenschließen, um in Abstimmung mit der Stadt verbindlich und gemeinsam in die Aufwertung ihrer Lage zu investieren: Durch bauliche Verschönerungsmaßnahmen, gemeinsames Marketing sowie Sauberkeits- und Sicherheitsservice. Wir unterstützen eine City-Offensive zur Einrichtung von BID, die zu einer weiteren Aufwertung der Innenstadt beitragen kann.

Grundsätzlich unterstützen wir den inhabergeführten Einzelhandel, der die Einzigartigkeit unserer Innenstadt durch individuelle Angebote unterstreicht. Der wachsende Anteil an Filialisten hingegen sorgt durch das einheitliche Auftreten für eine zunehmende Gesichtslosigkeit und Einförmigkeit der Innenstadt.

Wir GRÜNEN wollen, dass Lüneburg das „Ökoprofit“¹-Programm übernimmt, um bereits ortsansässige Unternehmen für eine ökologische Modernisierung zu gewinnen. Mit diesem Programm kann lokalen Unternehmen ganz konkret dabei geholfen werden, Ressourcen zu schonen, Abfälle und Emissionen zu reduzieren und damit gleichzeitig Kosten zu senken.

¹ Ökoprofit: Kooperationsprojekt zwischen der Kommune und der örtlichen Wirtschaft mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen, wie Wasser und Energie (www.oekoprofit-nrw.de)

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- Synergien aus Innovation, Ökologie und Marktwirtschaft
- eine umweltverträgliche und zukunftsfähige Entwicklung
- die Förderung von Aktionsprogrammen für Existenzgründungen und Qualifizierungsmaßnahmen
- den besseren Wissens-Transfer bei der Förderung zukunftssträchtiger Technologien
- die Stärkung der Innenstadt durch eine City-Offensive: Einrichtung von BID
- die Nachnutzung des Flugplatzes für Gewerbeansiedlung
- die ökologische Modernisierung ortsansässiger Unternehmen

Niemand ist überflüssig

Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Grundlage für die eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Arbeitslosigkeit in unserer Region verpflichtet alle politisch Handelnden zu verstärkten Anstrengungen in der lokalen Wirtschaftspolitik und zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungsförderung. Grüne Kommunalpolitik wendet sich gegen soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen und engagiert sich für eine solidarische Politik in Lüneburg, die auch Stadtquartiere mit besonderen sozialen Belastungen im Blick behält.

Wir GRÜNEN wollen, dass die Stadt einen Ausbildungs- und Qualifizierungspakt für geringer qualifizierte ArbeitnehmerInnen in Kooperation mit Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften initiiert. Es muss zudem sichergestellt sein, dass alle, die eine Ausbildung absolvieren wollen, dies auch können – wenn nicht in einem Ausbildungsbetrieb, dann zumindest in schulischen Ausbildungsgängen.

Um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Für den Einstieg und für Übergänge sind für die Betroffenen sinnvolle Beschäftigungen und Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen.

Für Jugendliche mit persönlichen und sozialen Schwierigkeiten müssen spezielle Ausbildungsprojekte aufgelegt werden, die pädagogisch begleitet werden.

Initiativen zur Beratung von Arbeitslosen und ALG2 EmpfängerInnen müssen finanziell und ideell unterstützt werden.

Aktive Unterstützung bei der Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben nach der so genannten Familienphase.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- Vermeidung sozialer Ausgrenzung von Arbeitslosen
- Solidarisches politisches Handeln bei Stadtquartieren mit besonderen sozialen Belastungen
- Verstärkte Unterstützung von Arbeitssuchenden

Green New Deal¹

Ökologie und Ökonomie gehören zusammen, denn die Umstellung unserer Wirtschaftsweise und der Produktion auf Nachhaltigkeit schafft Innovation und neue Jobs.

Kein anderer Wirtschaftssektor hat in den vergangenen Jahren so viele positive Effekte für den Arbeitsmarkt geschaffen, wie der Klimaschutz. Und dies nicht nur in den Unternehmen, die Umwelttechnologien produzieren, sondern auch und gerade in den angrenzenden Produktionsketten und dem Handwerk.

¹ Green New Deal: Konzepte für eine ökologische Wende des bestehenden Wirtschaftssystems, insbesondere arbeits- und wirtschaftspolitische Maßnahmen in Kombination mit einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Wir sehen die aktuellen Herausforderungen als Chance, die Wirtschaft vor Ort durch grüne Konzepte nachhaltig zu stärken. Die Stadt Lüneburg ist dazu angehalten, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. Bei der Wirtschaftsförderung muss der Bereich des Klimaschutzes und der Umwelttechnologien konsequent ausgebaut werden. Es gilt, die in diesem Sektor handelnden AkteurInnen zusammenzubringen und Kooperationen zu schaffen und zu fördern.

Öffentliche Auftragsvergaben und Beschaffungen sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichten, Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten (z. B. Fair Trade, FSC). So hat die Stadt bereits auf unsere Initiative beschlossen, Produkte nicht mehr aus Kinderarbeit zu beziehen. Ähnliche Verpflichtungen sollen auch für Vergaben der städtischen Gesellschaften gelten.

Zudem wollen wir die regionale Vernetzung der Wirtschaft fördern, um Produktionsketten mit geringeren Kosten, kurzen Transport- und Entscheidungswegen sowie niedrigerem Energieverbrauch zu ermöglichen. So entstehen vielfältige regionale Kompetenzbereiche. Auch beim Recycling sind zunehmend regionale Potenziale zu nutzen, um dadurch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu leisten. Auf diese Weise lassen sich Beschäftigungssicherung und Umweltschutz in der Region miteinander verzahnen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- das effiziente Zusammenspiel von ökologischem und ökonomischen Handeln
- den Ausbau der Wirtschaftsförderung in den Bereichen Klimaschutz und Umwelttechnologie
- Schaffung und Förderung von Kooperationen

Finanzen auf gesunde Füße stellen

Als Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens in der Kommune und durch die Kommune gehören für uns zuverlässige öffent-

liche Leistungen der Daseinsvorsorge: Von Bildung und Kultur über Versorgungsleistungen und den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zur Müllabfuhr.

Demokratie beginnt vor Ort – sie kann aber nur stattfinden, wenn vor Ort auch gestaltet werden kann. Wir fordern daher eine angemessene und gerechte finanzielle Ausstattung der Stadt.

Bei der Einkommensteuer sollen die Einnahmen - die zum Teil auch den Kommunen zufließen - erhöht werden, indem der Spitzensteuersatz angehoben und das Ehegattensplitting so weit wie möglich abgeschmolzen wird. Entscheidend ist auch eine Entlastung der Kommunen von den gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aus deren Finanzierung der Bund sich in den letzten Jahren sukzessive zurückgezogen hat. Wir wollen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöhen, indem wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage durch die verstärkte Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen und die Einbeziehung von Freiberufler*innen weiterentwickeln.

Das führt zu einer Verstetigung der Einnahmen zu fairen Wettbewerbsbedingungen. Wir halten es für richtig, dass die örtliche Wirtschaft sich weiterhin an den Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge beteiligt und dabei auch die Freiberufler*innen ihren Anteil dazu beitragen. Die zusätzlichen FAG-Mittel (FAG = Finanzausgleichsgesetz) müssen gesetzlich fixiert, insbesondere als jährliches Budget für eine Altschuldenregelung zur Verfügung stehen.

Die Kommunen müssen ihre Ausgaben kritisch auf den Prüfstand stellen, jedoch zugleich in ihre Zukunft investieren. Das Land muss für alle nachhaltigen Investitionsmaßnahmen, wie zum Beispiel energetische Gebäudesanierungen von Schulen und Kitas, weiterhin Kreditaufnahmen ermöglichen.

Zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit gehört jedoch auch, die eigene Steuerungsfähigkeit nicht weg zu sparen. Zahlreiche kommunale Beispiele bele-

gen, dass die öffentliche Hand politische Handlungsmöglichkeiten verliert, wenn Aufgaben der Kommune in privatrechtlich organisierte und orientierte Unternehmen ausgelagert werden.

Die städtischen Eigenbetriebe (also ausgelagerte, aber nicht privatisierte Bereiche) sollen vollständig transparent gegenüber der Stadt sowie den Bürgerinnen und Bürgern arbeiten, dabei kann der Rat bei wichtigen Fragen auch mitbestimmen. Dafür bedarf es entsprechender vertraglicher Regelungen. Wir GRÜNEN wollen öffentliche Dienstleistungen grundsätzlich durch die öffentliche Hand erbringen lassen. Dadurch werden demokratische Kontrolle und Teilhabe möglich; und es eröffnen sich Gestaltungsspielräume für eine soziale, ökologische und kostengünstige Ausrichtung der Leistungen. Bei Abfallwirtschaft, sozialem Wohnungsbau und Klinikum kann die Hansestadt Lüneburg effizient und sorgfältig wirtschaften. Auch die Wasser- und Energieversorgung muss wieder in kommunale Hände. Damit können die Energiewende und der Klimaschutz wirksam vorangetrieben werden. Beides ist Teil der Daseinsvorsorge, die dem Gemeinwohl dienen sollen. Wir wollen die vielfältigen Dienstleistungen der Stadtverwaltung - von der Müllabfuhr über die Gesundheitsversorgung bis zu sozialen Angeboten - erhalten, sichern und ausbauen. Wir lehnen deshalb jede Form der Privatisierung von Einrichtungen und Dienstleistungen ab. Neoliberalen Privatisierungstendenzen erteilen wir eine klare Absage, denn wir wollen die Chancen für mehr kommunale Wirtschaft weiter steigern. Um mehr Öffentlichkeit und Transparenz in die kommunalen Finanzen zu bringen, setzen wir uns für die Einrichtung eines Fachausschusses „Finanzen und Personal“ ein.

Durch unseren tagtäglichen Verbrauch bestimmen wir mit, was global passiert. Wir Grüne befürworten den weltweiten fairen Handel. Die Handelsabkommen CETA¹ und TTIP¹ lehnen wir daher ab. Transparenz muss die Grundlage für jedes Handelsabkommen sein, wobei ökologische und soziale Aspekte tragende Elemente sein müssen und Nichtregierungsorganisationen sowie die Zivilgesellschaft mit einzubinden sind.

¹ Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA

5. Soziale Teilhabe – kommunal gestalten

Gemeinsam leben

Die Hansestadt Lüneburg hat als Kommune die Daseinsvorsorge für ihre Bürger*innen zu gestalten.

Daher ist die Entscheidung darüber wichtig, wie gemeinsam in unserer Stadt gelebt, wie das Miteinander organisiert, wie der demografische Wandel als Herausforderung angenommen und wie das Verhältnis zwischen Bürger*innen sowie Verwaltung und Politik gestaltet wird. Wir Grüne stehen für eine transparente und bürger*innennahe Kommunalpolitik, in der Partizipation gelebt wird, weil sie den Gemeinsinn fördert und stärkt.

Kommune heißt Miteinander und Füreinander

Jedes Stadtquartier ist so lebendig, wie die Menschen, die das Leben vor Ort gestalten. Daher ist bürgerschaftliches Engagement für die Gestaltung des Alltags unverzichtbar. Ehrenamtliche Helfer*innen erhalten viele Angebote aufrecht, die sonst bereits längst abgeschafft wären: von der Nachbarschaftshilfe über die Kinder- oder Seniorenbetreuung, die Betreuung von Geflüchteten, Vereinen, Verbänden und Kulturinitiativen. Als Partei, die selbst aus der Bürger*innenbewegung hervorgegangen ist, unterstützen wir Grüne dieses freiwillige Engagement und treten dafür ein, dass solche Strukturen fördernd und unterstützend wirken.

Es gibt Sozialverbände, die bereits Anlaufstellen anbieten. Dennoch darf sich Politik nicht aus der Verantwortung stehlen und alle freiwilligen Leistungen an Ehrenamtliche delegieren. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Dienstleistungen, die entsprechend finanziert werden müssen. Die meisten dieser Projekte werden über landes-, bundes- oder gar europäische Zuschüsse finanziert. Diese Geldquellen versiegen aber immer meist genau dann, wenn sie

erfolgreich angelaufen sind. Ist die fortlaufende Finanzierung nicht mehr gegeben, werden viele sinnvolle Projekte wieder beendet. Daher werden wir mehr Finanzmittel für Projekte des bürgerschaftlichen Engagements in den Haushalt einplanen.

Insbesondere interkulturelle Projekte und Initiativen, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen fördern, Integrationskurse, geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, das Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus oder unsere Kulturvereine brauchen die Unterstützung unserer Stadt.

Erfolgreiche und vielerorts etablierte Projekte und Initiativen sollten unbedingt weitergeführt werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatten und der zunehmenden sozialen Spaltung in unseren Städten ist dies absolut notwendig. In allen Regionen Niedersachsens sollte jedes Kind unabhängig vom Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Bildungshintergrund der Eltern eine Chance haben, an kultureller Bildung wie Musikunterricht, Theaterbesuchen und an Ferienangeboten teilzunehmen und Mitglied eines Sportvereins zu sein.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements
- die Förderung interkultureller Projekte und Initiativen
- mehr Ganztagsangebote und eine flächendeckende Sprachförderung in der Jugendarbeit
- Unterstützung örtlicher Jugendinitiativen.

Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit

Das Auftreten von Kriminalität, Gewalt und Sucht kann man nur kurzfristig mit Kontrollen, Sanktionen und Repressionen vermindern, aber nicht nachhaltig verhindern. Daher fördern wir Grüne den Erhalt und Auf- und Ausbau präventiver Konzepte und Maßnahmen, die die Ursachen bekämpfen. Dazu

gehören der Abbau von Benachteiligungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen und gruppenspezifischen Problemlagen.

Mögliche Problemlagen müssen frühzeitig erkannt werden, um sie durch geeignete Maßnahmen, wie die Verstärkung von Sozialarbeit vor Ort, entschärfen zu können. Grundlegend dafür ist eine umfassende Kenntnis von Veränderungen der wirtschaftliche Lage der Bürger*innen in Lüneburg. Nur dann können politische Entscheidungen vor allem mit Blick auf die Stadtentwicklung positiv auf die Stadtgesellschaft wirken. Deshalb fordern wir einen jährlichen, umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht.

Soziale Ausgrenzung und Armut bedingen einander. Die Probleme von Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung, Geflüchteten und Migranten bedürfen besonderer Beachtung. Die Begleitung, Betreuung und Beratung sind für unser Gemeinwesen ebenso wichtig wie die Schaffung von Wegen aus der Erwerbslosigkeit und von neuen Qualifizierungsmöglichkeiten. Es kann nicht sein, dass Menschen, die hoffnungslos überschuldet sind, Monate auf ihre Schuldnerberatung warten müssen. Vielmehr muss die Beratung so ausgebaut werden, dass es gar nicht erst zu Überschuldung kommt. Hier bedarf es erheblicher Verbesserungen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Erhalt, Auf- und Ausbau präventiver Konzepte
- die Förderung der Begleitung, Betreuung und Beratung von Menschen in Problemlagen
- den Ausbau der Schuldnerberatung

Gesundheit und Ernährung

Gesundheit darf nicht vorwiegend den Marktkräften überlassen werden. Wir wollen, dass die Unternehmen der Gesundheitsholding dauerhaft in kommunaler Hand bleiben.

Das Klinikum soll bedarfsgerecht ausgebaut, die Verzahnung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung in der Region gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir die ärztliche Versorgung mit praktischen Ärzten und Fachärzten sicherstellen.

Die Hansestadt Lüneburg soll schrittweise zu einem Gesundheitszentrum für die ganze Region ausgebaut werden.

Folgende Ziele verfolgen wir GRÜNE dabei:

- Beitritt zum „Deutschen Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser gem. e.V.“
- Das Städtische Klinikum wird Beratungszentrum für alle Fragen der Gesundheitsvorsorge und arbeitet mit anderen Institutionen und Initiativen (VHS, Sportvereine, Initiativen des Böllhaus, Leuphana, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden) zusammen.
- Bei allen politischen Beschlüssen, Planungen und Vorhaben der Stadt sind die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu ermitteln und die Anforderungen an eine vorbeugende Gesundheit zu beachten und zu berücksichtigen.
- Die Patienten-Rechte stärken.
- Die Unternehmen der Gesundheitsholding sehen sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Wir GRÜNE wollen in allen Gebäuden der öffentlichen Hand gesunde Arbeits- und Lebensverhältnisse schaffen. Das bedeutet in erster Linie, dass diese Gebäude auf Schadstoffe untersucht und ggf. entsprechend saniert werden müssen, am besten im Zuge einer energetischen Sanierung.

Für Kindergärten und Schulen sind trägerübergreifend zudem überprüfbare Standards für die Gesundheitsförderung zu entwickeln, z. B. zur Ernährung/Verpflegung.

In städtischen Einrichtungen, wie Kantinen, Kindergärten, Schulen und den Unternehmen der Gesundheitsholding sollen ökologische, Fair-Trade- und regionale Produkte angeboten werden.

Eine ökologische Stadt für alle Generationen

Wir verstehen Stadtgesellschaft als generationenübergreifend und als Querschnittsaufgabe durch alle Lebens- und Politikbereiche des Gemeinwesens. Darum setzen wir uns ein für gute Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen und ausgeglichene soziale Beziehungen für alle Menschen, also für die Zufriedenheit aller Generationen – vom Säugling bis zum Greis und zur Greisin!

Älteren Menschen sollte ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Sie sollten am Leben der Gemeinde teilhaben können. Die dafür notwendigen bedarfsgerechten Wohn- und Versorgungsstrukturen wollen wir auch weiterhin durch einen quartiersbezogenen, kleinräumigen Planungsansatz unterstützen. Erwünscht ist dabei ein aktivierendes Wohnumfeld, das Freizeitangebote, Geschäfte und grüne Räume auf kurzem Wege umfasst.

Im Alter wird der Bewegungsradius kleiner. Dadurch werden die Erreichbarkeit zu Hause, soziale Netzwerke und der Internetzugang wichtiger. In der Verkehrspolitik orientieren wir uns daher am Modell der „Stadt der kurzen Wege“, das meint: Vermeidung von Angst, Gewährleistung von Ruhe und Langsamkeit und die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten.

Wir Grüne wollen die Pflege in die Mitte unserer Gesellschaft holen. Pflege ist Teil des Lebens, nicht die »Endstation«. Unser Ziel ist es, langfristig nicht mehr zwischen ambulanter und stationärer Pflege zu unterscheiden. Wir streben an, mit einem individuellen Pflege- und Hilfe-Mix aus bedarfsgerechten und vor allem bezahlbaren Angeboten die Qualität der Pflege durch mehr Transparenz und durch die Einbeziehung der Betroffenen zu verbessern. Wir brauchen wohnortnahe und interessenunabhängige Angebote zur Beratung und Begleitung. Ein solches Hilfenetz muss vor Ort geknüpft werden.

Damit es hält, müssen alle im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen zusammenarbeiten. Dafür fordern wir die Stärkung der Rechte und Interessen von pflegenden Angehörigen, die bessere Vernetzung von informeller und professioneller Pflege, die dezentrale, quartiersbezogene medizinische Versorgung und die Stärkung der Interessen und Förderung der Ausbildung des Pflegepersonals.

Der Umgang mit Sterben und Tod sollte ein selbstverständlicher Teil des Lebens sein. Die Themen Sterben und Tod dürfen nicht aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden, sondern sollten viel stärker als bisher offen und öffentlich diskutiert werden.

Dafür wollen wir die Hospizbewegung und die Verbesserung der Beratungsangebote zur Sterbevorsorge (z.B. durch den Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen Region Lüneburg) fördern.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- wohnortnahe, interessenunabhängige und vielfältige Pflegeangebote
- die Wahrnehmung von Sterben und Tod als Teil des Lebens und den offenen Umgang damit

Gleichberechtigung aktiv durchsetzen!

Der statistische Anteil von Frauen in Führungspositionen und wichtigen Entscheidungsgremien ist nach wie vor zu gering. Die Arbeitsmarktsituation von Frauen muss dringend verbessert werden. Wir Grüne unterstützen daher neben einer proaktiven Personalpolitik eine gezielte Personalentwicklung in der Stadtverwaltung.

Regional- und branchenbezogenen Berichte und Analysen sollen die qualitativen und quantitativen Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen darstellen, um die Gleichberechtigung zu fördern. Die Einrichtung sowie Unterstützung von „Frauengewerbezentren“ und „Frauennetzwerken“ wird befördert. Die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte mit der Verpflichtung zu frauenfördernden Maßnahmen verbunden sein.

Kommunale Wirtschaftsförderung muss Gender Mainstreaming¹ in den Katalog der Förderkriterien aufnehmen. Frauen sollen außerdem vermehrt in die Politik einbezogen werden, indem sie als Gremienvertreterinnen und als beratende Mitglieder in Fachausschüsse gewählt werden. Ihr gesellschaftlicher Beitrag soll darüber hinaus verstärkt öffentlich anerkannt werden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- mehr Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung
- eine Wirtschaftsförderung für Frauen
- Karrierenetzwerke für Frauen

Lebendige Demokratie beginnt vor Ort

Eine starke Demokratie lebt von der Einmischung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Grüne machen sich stark für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr Demokratie mit dem Ziel, eine selbstbewusste demokratische Kultur des Mitgestaltens zu etablieren.

In der Kommune ist die Einflussmöglichkeit der einzelnen Bürger*innen am größten. Doch Teilhabe setzt freie und frühzeitig verfügbare Informationen zu Entscheidungsprozessen voraus. Alle Einladungen, Ankündigungen und andere Veröffentlichungen sollen dazu so früh als möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zusätzlich zu Amtsblatt, Zeitung oder Aushang sollten Informationen auch in digitaler Form über die öffentlichen Medien verbreitet werden, um mehr Bürger*innen den Zugang zu verschaffen. Jede Kommune braucht eine barrierefreie Internetpräsenz.

Wir streben eine Live-Übertragung der Ratssitzungen für die Wahlperiode 2016-2021 durch einen sogenannten Livestream an.

¹ Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

→ eine stärkere Bürger*innenbeteiligung

→ eine verbesserte Informationspolitik

Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune

Integration bedeutet, alle Benachteiligten in Deutschland am gesellschaftlichen Leben kulturell und materiell teilhaben zu lassen. Dies gilt nicht nur für Zuwanderer und ist auch Prävention gegen die Verführbarkeit gerade von jungen Menschen, die sich ausgegrenzt fühlen.

Integrationspolitik vor Ort zu gestalten, ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. In Zeiten der Europäisierung und Globalisierung stellen Interkulturalität und Mehrsprachigkeit eine Bereicherung dar, die wir konsequent anerkennen und nutzen wollen. Da fortwährend Neuzuwander*innen nach Deutschland kommen, verstehen wir Integration als anhaltenden und dynamischen Prozess. Wir Grüne stehen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land, ermöglicht durch soziale Chancengleichheit und in kultureller Selbstbestimmung.

Auch Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, hier aber schon länger leben, sollen zumindest auf kommunaler Ebene wählen dürfen.

Die Erfolge und Probleme im Zusammenleben werden im Stadtteil direkt spürbar. Dies gilt gerade dann, wenn sich sozial benachteiligte Migrant*innen räumlich auf bestimmte Stadtteile und Quartiere konzentrieren. Die dort zum Teil bestehenden Probleme haben aber weniger mit der Herkunft als vielmehr mit einem Mangel an Bildung und Aufstiegschancen zu tun. Gerade diese Gebiete müssen daher gezielt in den Fokus integrations- und sozialpolitischer Maßnahmen gerückt werden, damit sie nicht zur Sackgasse für die Bewohner*innen werden.

Deshalb müssen besonders Schulen in benachteiligten Stadtteilen pädagogisch überdurchschnittlich attraktiv und personell gut ausgestattet

sein. Das Programm ‚Soziale Stadt‘ für den Stadtteil Kaltenmoor muss in vollem Umfang fortgeführt werden.

Wir setzen uns ein für:

- soziale Chancengleichheit und kulturelle Selbstbestimmung von Neuzuwander*innen

- die Fortführung des Programms ‚Soziale Stadt‘ im Stadtteil Kaltenmoor

Willkommen in Deutschland

Die Einbürgerungszahlen sind sehr niedrig. Deutschland nimmt es in Kauf, dass das vorhandene Einbürgerungspotenzial im Land kaum ausgeschöpft wird. Wir Grüne werben verstärkt für die Einbürgerung von Zuwander*innen. Das bestehende Interesse an den Sprach- und Integrationskursen wollen wir durch deren angemessene Ausstattung fördern, so dass alle Interessenten einen Platz erhalten und ihre Kurse erfolgreich abschließen können. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines Finanzierungsfonds für ausbildungsbegleitende Hilfen für Flüchtlinge, die aufgrund der (teils kriegsbedingten) mangelhaften Schulbildung in ihren Heimatländern große Wissenslücken in naturwissenschaftlichen Fächern (Physik, Chemie und Biologie) haben.

Als Grüne stehen wir dafür ein, alle Einwander*innen in Deutschland zu integrieren. Wir unterstützen kommunale Bündnisse in Niedersachsen, die drohende Abschiebungen jener Menschen verhindern, die Deutschland als ihr Zuhause betrachten und fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für diese Menschen. Unrechtmäßige Abschiebungsbestrebungen gab es auch in der Hansestadt Lüneburg. Diese müssen auch weiterhin publik gemacht werden, damit die Bürger*innen in die Lage versetzt werden, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Wir Grüne setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten ein. Dazu gehört auch die Aufnahme in den Ar-

beitsmarkt. Die Stadt kann hier einen Beitrag leisten, indem sie weiterhin aktiv die systematische Öffnung der Verwaltung für Einwanderer betreibt. Dazu gehören auch interkulturelle Schulungen für die Verwaltungen. Schutz vor Diskriminierung darf nicht nur auf dem Papier stehen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- mehr Einbürgerungen

- den qualitativen und quantitativen Ausbau von Sprach- und Integrationskursen

- stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelungen

- die Verhinderung und öffentliche Thematisierung unrechtmäßiger Abschiebungsversuche

- die Öffnung des kommunalen Wahlrechts

- die Entwicklung und Umsetzung von Integrationskonzepten

Eine starke Zivilgesellschaft

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind für uns keine Konjunkturthemen, sondern kontinuierlicher, grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Das betrifft auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in der so genannten Mitte der Gesellschaft.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Das lokale Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus benötigt weiterhin Unterstützung. Wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur.

Wir Grüne werden uns prinzipiell nicht an Bündnissen beteiligen, die undifferenziert gegen „Links- und Rechtsextremismus“ oder gegen „jeden Extremismus“ im Allgemeinen aufgestellt werden, da wir hierin eine gefährliche Verharmlosung von Neonazi-Gewalt und Menschenfeindlichkeit in der so genannten Mitte der Gesellschaft sehen!

Wir Grüne stehen für ein offensives Auftreten der Stadt gegen jede Form von Rassismus. Die Stadt muss rechtsextremistische Propaganda konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden und den rechtsextremen Aufmärschen Einhalt gebieten.

Unseren Protest gegen Rassismus zeigen wir auch auf der Straße und wir werden uns weiterhin mit Demonstrationen und friedlichen Blockaden rechtsextremen Kundgebungen und Aktionen entgegenstellen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- ein aktives Engagement gegen Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzungen
- die Unterstützung des Bündnisses für Demokratie/Netzwerk gegen Rechts

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
unterstützt unsere Ziele und Aktivitäten.
Tragen Sie dazu bei, dass Lüneburg in Zukunft
noch grüner und attraktiver wird!

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ortsverband Lüneburg, Neue Sülze 4
21335 Lüneburg

Vi.S.d.P.: Volker Butenschön, Jutta Beer

Titelfoto: Ernst Bögershausen

www.gruene-lueneburg.de

mail@gruene-lueneburg.de

 **Teilen Sie gerne Ihre Fragen, Anregungen
und Kritik mit uns:**

www.gruene-lueneburg.de

mail@gruene-lueneburg.de